

Kurzbericht

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

(21. Sitzung am 25. April 2019)

Beratungsthemen:

1. **Ergänzender Bericht der Landesregierung zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Der Ausschuss behandelte den Tagesordnungspunkt **in vertraulicher Sitzung** und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung anlässlich der Berichterstattung in der Bild-Zeitung vom 11. April 2019 zu der Suspendierung eines Mitarbeiters des niedersächsischen Verfassungsschutzes und deren Hintergründe**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **teils in nicht öffentlicher, teils in vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in vertraulicher Sitzung** entgegen.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die sog. Internationale Brigade**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **in nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.

5. **Beabsichtigter Erlass einer Dienstvorschrift;
hier: Unterrichtung gem. § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 NVerfSchG**

Diesen Tagesordnungspunkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

6. **Bericht des Ausschusses an den Landtag gemäß**

- a) **§ 40 Abs. 1 NVerfSchG**
- b) **§ 40 Abs. 2 NVerfSchG**
- c) **§ 2 Abs. 2 Satz 2 Nds. AG G 10**

Diesen Tagesordnungspunkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss auf Antrag des Abg. Limburg die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über die Änderungen zu unterrichten, die sich aus dem Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze ([Drs. 18/850](#)) für das Verfassungsschutzgesetz und die Verfassungsschutzbehörde ergeben.